

Der Maler

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Erscheint Sonntags
Abonnementspreis 3 M pro Quartal
bei freier Zusendung unter Kreuzband 4 M

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Hamburg 86, Alster-Terrasse Nr. 10
Fernsprecher: Nordsee 8246

Postcheckkonto:
Vermögensverwaltung des Verbandes
Hamburg 11598

Die Konjunktur im Malergewerbe Ende 1928.

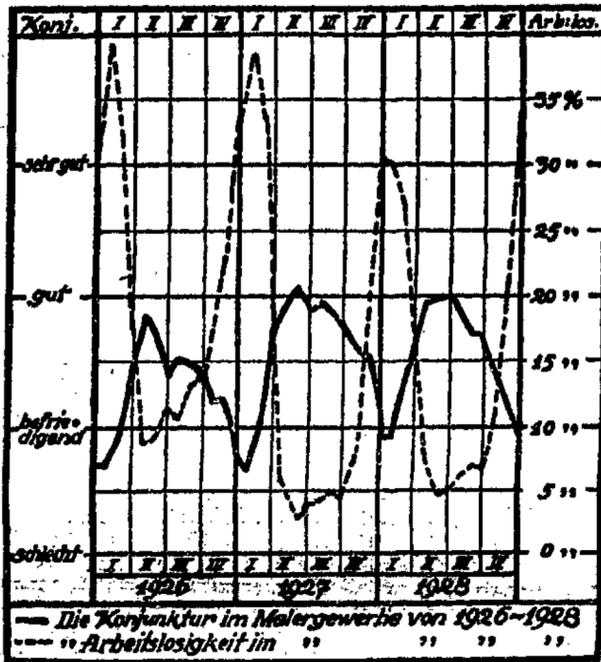
In einer Betrachtung über die Entwicklung des Bau- marktes gibt das Institut für Konjunkturforschung seiner Auffassung dahin Ausdruck, daß es infolge der gesteigerten Bautätigkeit im zweiten Halbjahr 1928 wohl gelungen sein dürfte, dieselbe Zahl von Neuwohnungen fertigzustellen wie im Jahre 1927. Es rechnet damit, daß die Vorjahres-iffer von annähernd 300 000 Wohnungen noch über- schritten werden konnte und stellt fest, daß darüber hinaus sowohl Kommunen und Länder als auch die Industrie eine recht erhebliche Anzahl von Zweckbauten zur Ausführung gebracht haben. Diese Feststellungen finden eine Stütze in dem gesteigerten Verbrauch von Baumaterialien. So die Anlieferung von Zement pro Arbeitstag, wenn der Absatz für 1925/26 gleich 100 gesetzt wird, für das zweite und dritte Vierteljahr 1927 mit 156,5 beziehungsweise 10,5 angegeben. Er beträgt für dieselbe Zeit des letzten Jahres 156 und ist im September sogar auf über 160 gestiegen, um dann im Oktober allerdings auf 132,3 zu sinken, während er im vierten Quartal 1927 überhaupt nur 9,7 betrug. Ähnlich verhält es sich mit dem Absatz von Bausteinen. Dieser betrug — den Verbrauch von 1925/26 ebenfalls gleich 100 gesetzt — im Juli 1928 pro Arbeit- tag 205,5 gegen 188 im dritten Vierteljahr 1927. Er hielt sich noch im Oktober auf dem verhältnismäßig hohen Stand von 184, während er im letzten Vierteljahr 1927 bereits auf 131 zurückgegangen war.

Wenn dadurch eine Steigerung der Bautätigkeit ohne weiteres als nachgewiesen gelten darf, so müssen wir mit Bedauern feststellen, daß bisher eine günstige Wir- kung auf den Beschäftigungsgrad des Malergewerbes nicht zu beobachten war. Wir befinden uns im Gegenteil, wie aus den Nachweislun- gen unserer Arbeitslosenstatistik unzweifelhaft hervorgeht, schon seit der Mitte des Jahres auf absteigender Linie. Ist doch selbst die schwache Besserung im Laufe des Som- mers, die sonst regelmäßig während der Ferien- und Reise- zeit einzutreten pflegte, diesmal nur andeutungsweise in Erscheinung getreten.

Wie unser Verband allmonatlich eine Zählung der arbeitslosen Verbandsmitglieder vornimmt, so wird auch immer zu derselben Zeit eine Umfrage über die Geschäfts- lage im Baualergewerbe veranstaltet, die sich auf etwa 50 Betriebe in 50 Filialen aus allen Gebieten unseres deutschen Vaterlandes erstreckt. Da immer dieselben Be- triebe erfaßt werden, bietet das Ergebnis ein durchaus zuverlässiges Vergleichsmaterial, und wie die Gegenüber- stellung mit den prozentualen Arbeitslosenziffern in den Jahren 1926 bis 1928 in dem nebenstehenden Schaubild zeigt, kommen selbst geringe Abweichungen der einen Kurve in der diametral entgegengesetzt verlaufenden Linie der andern Kurve sinngemäß zum Ausdruck.

Ueber die Konjunktur am Ende des Monats Dezember haben 134 Betriebe aus 44 Filialen berichtet. In diesen 134 Betrieben waren insgesamt 2765 Personen beschäftigt. Es kommen also im Durchschnitt auf einen Betrieb 24,5 Beschäftigte gegen 30,2 am Ende des Monats

November und 36,3 Ende Oktober. Findet der Konjunktur- rückgang schon darin bereiten Ausdruck, daß fast alle nur irgend entbehrlichen Arbeitskräfte entlassen wurden, so wird das Bild noch eindringlicher, wenn man die Beur- teilung des Beschäftigungsgrades seitens der berichtenden



Betriebsvertrauensleute etwas zergliedert. Die geschäft- lichen Aussichten für die nächste Zeit wurden nur von 18 Betrieben oder 13,4 % (gegen 23,8 % im vorausgegan- genen Monat) mit 753 Beschäftigten oder 22,9 % (gegen 34,4 %) mit gut bezeichnet, während 50 Betriebe oder 37,3 % (gegen 45,4 %) mit 1584 Beschäftigten oder 48,2 % (gegen 49,2 %) den Beschäftigungsgrad mit befriedigend und 66 Betriebe oder 49,3 % (gegen 30,8 %) mit 951 Be- schäftigten oder 28,9 % (gegen 16,4 %) mit schlecht beur- teilten. Daß es sich bei den berichtenden Betrieben fast ausnahmslos um gut fundierte Unternehmungen handelt, geht schon aus der hohen Zahl der Beschäftigten hervor, wobei allerdings nicht übersehen werden darf, daß sich darunter 638 Lehrlinge befinden, und daß acht Betriebe zur Zeit keinen Gehilfen, aber zusammen 21 Lehr- linge beschäftigen. Im Durchschnitt kommen auf jeden der 125 Betriebe, in denen Lehrlinge in der Ausbildung be- griffen sind, 5,1 Lehrlinge und nur diese verhältnismäßig hohe Zahl läßt die seit Oktober so überaus steil ansteigende Arbeitslosenkurve überhaupt begreiflich erscheinen.

Das obige Schaubild bedarf im übrigen keiner weite- ren Erläuterung. Ganz eindeutig geht aber aus den steigenden Arbeitslosenziffern und der abfallenden Kon- junkturkurve hervor, daß unser Malergewerbe bisher noch keinen Anteil an der so erheblich gesteigerten Bautätigkeit des letzten halben Jahres hatte. Wenn die Berechnungen

des Instituts für Konjunkturforschung zutreffen — und wir haben keine Ursache, an ihrer Richtigkeit zu zweifeln — dann dürfen wir allerdings die Hoffnung hegen, daß unser Beruf in diesem Jahre früher aufleben dürfte, als es sonst im allgemeinen der Fall zu sein pflegte. Denn es scheint ausgeschlossen, daß die seit Juli oder August in An- griff genommenen Bauten schon jetzt vollständig fertig- gestellt sein könnten. Zwar hat die milde Witterung fast den ganzen Spätherbst angehalten, die darauf folgende strenge Frostperiode war aber von erheblicher Dauer und ist der Fortführung der Malerarbeiten auf Neubauten nicht förderlich gewesen.

Ein Krebsgeschaden, der unser Malergewerbe immer tiefer herunterdrücken geeignet ist, in Berufskreisen sehr wohl erkannt wird, aber nach außen viel mehr betont werden müßte, ist die immer mehr überhandnehmende Schmutzkonkurrenz. Nicht wenige Unternehmer haben die Einsparung von Anstrichen und sonstige unsolide Vorgehen zum System erhoben. Ihr betrügerisches Vorgehen wird zweifellos dadurch unterstützt, daß die Malerarbeiten durch Verträge anderer Handwerker hinausgeschoben werden und meist zu spät in Angriff ge- nommen werden. Da die Wohnungen zum bestimmten Termin bezogen werden müssen, drücken Bauunternehmer, Architekten und sonstige Verantwortliche nicht selten beide Augen zu, wenn nur der Termin eingehalten wird. Die Leidtragenden sind neben den zukünftigen Bewohnern vor allem unsere Kollegen, aus denen nicht nur alles Menschen- mögliche herausgeholt wird, sondern nicht selten mit einer Verantwortung belastet, nach Fertigstellung aber er- barmungslos auf die Straße geworfen werden. Wenn hier Besserung geschaffen werden soll, bevor unser Maler- gewerbe trotz Verdingungsordnung usw. vollständig zu- grunde gerichtet ist, dann müssen die beiderseitigen Berufs- organisationen mit allen nur erdenklichen Mitteln gegen diese Schädlinge unseres Berufes vorgehen.

Für unsere in Industriebetrieben beschäftigten Kollegen liegen die Konjunkturverhältnisse nicht ganz so ungünstig, sie erreichen aber bei weitem nicht den Stand der gleichen Zeit des Vorjahres. Die Automobil- industrie ist befriedigend beschäftigt, da zum Teil für den im Frühjahr einsetzenden Bedarf auf Lager gearbeitet wird. Andererseits brachte die internationale Automobil- ausstellung einigen Auftrags Erfolg. In der Maschinen- industrie ist eine weitere Verschlechterung eingetreten, während sich die Elektroindustrie eines guten Auf- tragsbestandes erfreut. Unübersichtlich ist zur Zeit noch die Lage auf den Werften; für das Frühjahr sind aber schon ganz wesentliche Auftragserteilungen bekannt gewor- den. In der Waggonindustrie mußten wegen der zögernden Auftragserteilung des Eisenbahnzentrallamtes und dem Mangel an sonstigen Aufträgen erhebliche Arbeiterentlassungen vorgenommen werden. Dagegen weiß die Möbeldindustrie einen seit Monaten ziemlich gleichmäßigen und im allgemeinen noch zufriedenstellenden Beschäftigungsgrad auf.

Die Lohnentwärtung nach oben darf nicht unterbrochen werden.

Der hohe Stand der Arbeitslosigkeit beweist sehr deutlich, daß wir uns in einer niedergebenden Konjunktur befinden. Waren es früher hohe Konkursziffern, die Höhe der Wechselproteste, gefüllte Warenlager und ergleichen, so sind es jetzt in der Hauptsache eiernde Arbeiter, die das schlechte Konjunkturbild nach außen hervortreten lassen. Früher wurden Waren, heute wird Arbeitskraft auf Lager gelegt. Hatten wir in der Vorkriegszeit eine hohe Konkursziffer bei niedergebender Wirtschaftslage, so verändert sich diese selbst bei schlechter Arbeitsmarktlage wenig. Mit hin haben sich die einzelnen Merkmale der verschlechterten Wirtschaftslage zueinander sehr wesentlich verändert. Hierin tritt die organisierte Wirtschaft deutlich hervor.

Mehr denn je wird jetzt wieder von bestimmten Kreisen die Höhe der Löhne einer Kritik unterzogen. Ganz besonders zeichnet sich darin die vor einigen Wochen der Öffentlichkeit übergebene Denkschrift des

Sachsenbundes aus. Dort wird glatt behauptet, daß die hohen Löhne eine gesteigerte Arbeitslosigkeit bedeuten: „Eine Lohnpolitik, die die Betriebe immer wieder auf die Notwendigkeit des Borgens zur Erfüllung gegenwärtiger Betriebsaufgaben zurückwirft, ist durchaus unsozial. Sie treibt teils zur Preiserhöhung, teils zur Produktions- einschränkung, verbindet also direkt, daß die Erhöhung der Nominallöhne sich in erhöhte reale Kaufkraft umsetzt, und wirkt gleichzeitig auf Verringerung der Arbeitsmöglich- keiten, also auf Steigerung der Arbeitslosigkeit... Nicht die Sicherung der Arbeitsfähigkeit des volkswirtschaftlichen Gesamtkörpers ist Zielsetzung dieser Lohnpolitik gewesen, sondern die rücksichtslose Ausbeute der volkswirtschaftlichen Aufbringungsfähigkeiten zugunsten der Nominallohnsteige- rung der einen Arbeitsplatz Besitzenden. Und in diesem Streben hat man verbandspolitische Monopolstellungen der Gewerkschaften geschaffen, die in ihrer Endauswirkung mindestens die gleichen volkswirtschaftlichen Schädigungen nach sich zogen und noch ziehen, als etwa rigorose und kurz- sichtige Unternehmermonopole.“

Diese Neußerungen zeigen sehr deutlich, daß man den alten Zustand herbeiführt, bei niedergebender

Konjunktur die Löhne und Gehälter zu er- mäßigen, um durch die so hervorgerufene Kostenlenkung der Wirtschaft einen neuen Impuls zu geben. Der Ar- beiterchaft ist es leider sehr wenig zum Bewußtsein ge- kommen, daß die Verhältnisse sich gründlich geändert haben. Mühte früher eine Lohnermäßigung infolge der geringen gewerkschaftlichen Kraft bei verschlechterter Konjunktur hingenommen werden, so ist dies seit 1924 in nennens- wertem Umfang nicht mehr der Fall gewesen. Im Gegen- teil, die Löhne konnten auch bei nicht vollem Betriebslauf noch erhöht werden. Wenn dies nicht der Fall war, so wurden sie doch gehalten. Das ist ein Fortschritt, der nicht genügend gewürdigt werden kann. Darin zeigt sich die hohe Bedeutung der Gewerk- schaftsarbeit. Eine gleichbleibende Lohnhöhe hat sich auch für die deutsche Wirtschaft als äußerst fruchtbringend erwiesen. Die Unternehmer behaupten meistens das Gegenteil, wie oben gezeigt wurde. Dennoch es ist so. Unsere Ansicht wird in einem Artikel: „Lohnniveau und Kapitalbildung“, im neuesten Heft der wertvollen Zeit- schrift „Die Wirtschaftskurve“ bestätigt. Wir lesen dort: „Hätten in Deutschland keine Arbeitslosenfürsorge

und keine Arbeiterorganisationen bestanden, wäre also der Arbeitsmarkt nicht „kartellmäßig“ beeinflusst gewesen, so wäre das Lohnniveau im Krisenjahre 1925 sehr viel rascher und stärker, als es geschah, gesunken. Dann wären zwar auch die Produktionskosten stärker gesunken, die Gütererzeugung hätte aber in den Jahren 1926 bis 1928 nicht im entferntesten das erreichte Ausmaß erlangen können, eben weil die Rationalisierung in viel langsamerem Tempo erfolgt wäre.“

Wie würde wohl die deutsche Wirtschaft heute aussehen, wenn die Löhne in Deutschland nicht auf einer gewissen Höhe gehalten worden wären. Jedenfalls wäre die technische Höhe und eine entsprechende Produktivkraft der gegenwärtigen Wirtschaft wahrscheinlich nicht vorhanden. Ueberhaupt die technische Höherentwicklung des Produktionsapparates! Ueber die Frage Lohnhöhe und technischer Fortschritt wird in dem bereits angezogenen Artikel der „Wirtschaftskurve“ folgendes gesagt:

„Lohnsenkung erschwert zum mindesten den technischen Fortschritt, hohe Löhne beziehungsweise Lohnsteigerung erzwingen ihn. Technischer Fortschritt bedeutet aber Steigerung der Produktivität und somit auf die Dauer auch gesteigerte Kapitalbildung. Nun steht aber technischer Fortschritt neue Kapitalinvestition voraus. Das scheint einen circulus vitiosus zu ergeben: sind die Löhne hoch und die Kapitalbildung folgedessen gering, so fehlt das Kapital zur Rationalisierung. Bei dieser Beweisführung wird aber übersehen, daß der Kapitalvorrat einer Volkswirtschaft nicht stark begrenzt ist. Die an sich lebensfähigen und gut fundierten Unternehmungen können stets Kapital erhalten. Es fragt sich nur, zu welchem Zins. Die jeweilige Grenze für die Zinslast wird aber durch die Lohnhöhe gegeben. Das Sozialprodukt wird, wie oben dargestellt, bei hohen Löhnen infolge der erzwungenen Rationalisierung gesteigert, soweit das technisch und finanziell möglich ist. Umgekehrt wird durch Druck auf das Lohnniveau der technische Fortschritt gebremst und damit schließlich die Produktivitätssteigerung hintangehalten. Besonders deutlich zeigt sich das in denjenigen Fällen, in denen infolge rückständiger technischer Ausrüstung internationale Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt wird. Wird hier ein Lohn- und Preisdruck durchgeföhrt, so bleiben die technisch rückständigen Betriebe erhalten, die Produktivität verharret auf relativ niedrigem Niveau, und die Kapitalbildung wird auf die Dauer wiederum nur gehemmt.“

Würde nicht die oben zitierte Ansicht Geltung erhalten, sondern den Vorschlägen des Hanjabundes gefolgt werden, so würde sich das folgende Bild ergeben: die Löhne werden bei niedergehender Konjunktur herabgesetzt. Dadurch wird vielleicht die Möglichkeit geschaffen, einige zehntausend Arbeiter wieder in den Produktionsprozess einzuschalten. Die Gesamtlohnsumme würde dadurch gleichbleibend sein. Da die Unterküßungsstufen der bisher Arbeitslosen wegfiele, müßte mit einer verminderten Kaufkraft gerechnet werden. Der technische Fortschritt würde gehemmt. Der Wachstumsprozess würde unterbrochen. Und nach geraumer Zeit müßte eine empfindliche Stockung auf allen Gebieten festgestellt werden.

Nach Berücksichtigung aller Umstände bleiben wir dabei, daß die Lohnentwicklung nach oben keine Unterbrechung erfahren darf. Eine solche Wirtschaftspolitik trägt zum Wohlergehen der Wirtschaft bei und garantiert eine gesunde Entwicklung. Mögen also die Reaktionsäre aller Richtungen Zeter und Mordio über die Lohnhöhe schreien. Auch in einer niedergehenden Konjunktur sind hohe Löhne das Gegebene.

Dämmert's endlich?

Die Verhältnisse in Deutschland sind gekennzeichnet durch die harten Spannungen zwischen Kapital und Arbeit und den verschiedensten Interessengruppen. Die schweren Arbeitskämpfe haben ihre Ursache darin, daß die produktiv schaffenden Bevölkerungsschichten Deutschlands energig auf ihr Recht pochen, von den Ergebnissen ihrer Arbeit einen genügenden Teil für sich abzuweigen. Die Frage kann auf die Formel: Lohn und Preis gebracht werden. Der größte Teil der Menschheit ist auf Lohn- oder Gehaltseinkommen angewiesen. Die Kaufkraft der Lohnsummen ist entscheidend für das Maß von Lebensglück, das den einzelnen zufällt. Da die Lohn- und Gehaltsempfänger in der Mehrzahl sind, wird das ganze Kultur-

leben in Deutschland von der Höhe des Reallohns beeinflusst. Der verfloßene Ruhrkampf wurde von den Unternehmern unter der Losung geführt: Verteidigung des gegenwärtigen Preisstandes. Sie erklärten, daß selbst eine geringe Lohnerrhöhung unweigerlich zu Preiserhöhungen führen müßte. Es war die alte Denkweise, daß jede Verleerung des Produktionsprozesses, namentlich durch Löhne, sofort auf den Preis der Produkte aufgeschlagen werden müßte. Die Gewerkschaften versuchten, diese Art Grundzüge vergeblich zu entkräften.

Nun kommt ausgerechnet aus der schwerindustriellen Ecke eine ganz anders geartete Wirtschaftstheorie, die von den Gewerkschaften fast Wort für Wort unterstüßt werden kann. Die Industrie- und Handelskammern an der Ruhr geben eine Zeitschrift „Ruhr- und Rhein-Wirtschaftszeitung“ heraus. Dies Organ vertritt naturgemäß die Belange der Schwerindustrie bis zum äußersten. Auch der verfloßene Ruhrkampf fand dort eine energische Verteidigung. Die Nummer 1 der Zeitschrift bringt an leitender Stelle einen Aufsatz, den man als eine Sensation ersten Ranges ansprechen muß. Es ist lehrreich, die wichtigsten Gedanken des Aufsatzes zu zitieren.

„Vermehrung und Verbilligung der Produktion!“ Das seien die beiden Grundpfeiler des wachsenden Wohlstandes vor dem Kriege gewesen. „Je mehr wir produzieren, um so billiger wurde die Produktionseinheit, je billiger die Ware, um so größer der Absatz, je größer der Absatz, um so mehr konnten wir produzieren... Was nützen alle schönen Theorien, wenn in Wirklichkeit der entgegengesetzte Weg eingeschlagen wird: statt mehr zu produzieren, die Produktion einschränken, statt sie zu verbilligen, sie verteuern, statt den Absatzmarkt durch Preisenkung zu erweitern, ihn durch erhöhte Preise immer mehr einengen.“ Wegen diese verkehrte Wirtschaftspolitik müßte sich die Privatwirtschaft mit verstärkter Aktivität wenden. Wieder wie vor dem Kriege muß es heißen: „Vermehrung der Produktion und Senkung der Preise.“ Der landläufigen Meinung, daß dies wegen der Verhältnisse nicht möglich sei, wird folgendes positive Programm entgegengesetzt: „Die Privatwirtschaft darf und kann sich nicht den Gang ihrer Entwicklung von außen aufzwingen lassen. Mit folger Genugtuung weisen die Gewerkschaften in ihren Berichten darauf hin, daß sie in den letzten Jahren durch ihre ständige Aktivität Lohnerrhöhungen von mehr als 5 Milliarden Mark durchgeföhrt haben. Kein Zweifel, daß ein Teil dieser Lohnerrhöhung durchaus berechtigt war, denn die Löhne waren nach der Stabilisierung der Währung zu weit zurückgeblieben... Kein einziger Fall ist bekannt, daß die Wirtschaft der Aktivität der Gewerkschaften eine eigene zielbewußte wirtschaftliche Aktivität entgegenstellt, daß sie eine Lohnforderung sofort mit einer Senkung ihrer Preise beantwortet habe. Was ist denn das Hauptargument der Gewerkschaften? Das steigende Preisniveau! Das Argument wird nicht durch Ministerreden über die Notwendigkeit der Preisenkung, sondern nur durch die Kraft des eigenen Entschlusses der Wirtschaft beseitigt werden. Wenn Lohnerrhöhungen im Einzelfall zu tatsächlichen Verlusten führen, dann ist es besser, die Verluste freiwillig durch Senkung der Preise zu tragen, wodurch die Absatzmöglichkeiten erweitert werden, als unfreiwillig mit nachfolgender Preiserhöhung, das heißt Absatzverminderung. Die Gefahr, daß trotzdem der Reichsarbeitsminister die Löhne erhöhen werde, ist um so geringer, je konsequenter und großzügiger der Weg der Preisenkung beschränkt wird. Um so mehr wird auch die Privatwirtschaft auf einen nicht zu unterschätzenden Bundesgenossen rechnen können: die öffentliche Meinung, die sofort erkennen wird, daß eine Preisenkung ganz anders der Allgemeinheit zu nutzen geeignet ist als eine Lohnerrhöhung für die eine oder die andere Arbeitergruppe. Auf die Bedeutung von Preisenkungen für die allgemeine Lebenshaltung, die Steigerung der Realeinkommen aller Bevölkerungsschichten, die Erschwerung der Einfuhr und Förderung der Ausfuhr und den Druck, den wir durch billige Preise indirekt auf die Reparationsfrage auszuüben vermögen, sei nur durch diese Stichworte hingewiesen.“

„Eine aktive Lohn- und Preispolitik dieser Art setzt allerdings eins in viel höherem Maße voraus, als dies in den letzten Jahren im allgemeinen in der Privatwirtschaft der Fall war: die Bereitschaft, den Willen und die Entschlußkraft, auch ohne die Möglichkeit sofortigen Preisausgleiches erhöhtes Risiko tragen und zeit-

weise Verluste und Opfer zu übernehmen, selbst auf die Gefahr hin, daß einzelne Unternehmen dabei zugrunde gehen... Bei aller Wertföschung der wirtschaftlich gesunden und brauchbaren Seiten der Kartelle, Syndikate, Verbände, Preisvereinbarungen, Konventionen usw. steckt in diesen Bindungen doch zugleich der Gedanke der Versicherung auf Gegenseitigkeit, der in Zeiten außergewöhnlicher Notstände zum Durchhalten lebenswichtiger Glieder beiträgt, als Dauererscheinung aber zu einer Verweilichung und Verminderung der persönlichen Initiative führen muß. Es wird aus den verschiedensten Gründen Zeit, daß die Privatwirtschaft versucht, diese Kräfte nach und nach abzuwerfen, und sich das Einzelunternehmen wieder auf eigene Füße stellt. Die Reinigungskrise der Jahre 1924 und 1925 hat noch nicht allen Schlamm beseitigt. Eine weitere Auslese wird folgen. Sie wird von den gesunden und lebenswerteren Kräften um so besser überwunden werden, je eher sie kommt und je schärfer sie bewußt herbeigeföhrt wird.“

Wir können uns nicht entsinnen, etwas derartiges schon einmal in einem der Schwerindustrie nabestehenden Organ gelesen zu haben. Es wird dort anerkannt, daß die von den Gewerkschaften geforderten Lohnerrhöhungen zum Teil berechtigt waren. Wenn die Vertreter der Schwerindustrie schon einen Teil der Lohnerrhöhungen als berechtigt erklären, so kann man sie ruhig als voll berechtigt betrachten. Die Ansicht, eine Lohnforderung sofort mit einer Senkung der Preise zu beantworten, ausgesprochen von dieser Seite, kann beinahe als eine umstürzende Theorie betrachtet werden. Wie mögen die Herren Reusch und Genossen mit den Köpfen gewackelt haben, als sie in ihrem Organ lasen, daß durch Lohnerrhöhungen entstandene Verluste freiwillig durch Senkung der Preise zu tragen sind. Oder sollten sie etwa von diesem Aufsatz gewußt haben? Das ist wohl kaum anzunehmen. Es braucht von uns kaum betont zu werden, daß wir einen konsequent beschränkten Weg zur Senkung der Preise auf das lebhafteste unterstützen. Es ist eine Binsenwahrheit, daß ein solcher Schritt zur Steigerung der Realeinkommen aller Bevölkerungsschichten führt. Aber geradezu revolutionär ist der von dieser Seite geäußerte Gedanke, ein durch Preisausgleich entstandenes Risiko auf sich zu nehmen, selbst auf die Gefahr hin, daß einzelne Unternehmungen dabei zugrunde gehen. Wenn man in der Urheimat der Kartelle, Syndikate und Verbände plötzlich die Meinung äußern hört, daß sie eine Versicherung auf Gegenseitigkeit sind und zur Verweilichung und Verminderung der persönlichen Initiative führen, dann ist man genötigt, erst einmal Luft zu schnappen.

Hoffentlich bleibt dieser Artikel der „Rhein- und Ruhr-Wirtschaftszeitung“ nicht lediglich eine Fanfare. Würde die gesamte Industrie nach obigen Grundsätzen verfahren, so würde sich die Spannung zwischen Kapital und Arbeit vielleicht etwas lösen. Zu beiseitigen wird sie nie sein. Aber wenn der Kapitalismus versucht, in seinen Leistungen demokratisch zu werden, das heißt, der schaffenden Menschheit den größten Teil des Sozialprodukts freiwillig zu überlassen, dann könnten sich die Auseinandersetzungen in bedeutend anderer Weise äußern. „Leben ist Kampf“, heißt es in dem Aufsatz. „Ihn aufzunehmen und durchzuführen, ist Leben und Fortschritt.“ Wohlan denn, das ist auch unsere Meinung. Wir teilen ferner die Ansicht des Schreibers, daß, wenn es der Privatwirtschaft nicht gelingt, den Anforderungen der modernen Zeit gemäß Wirtschaftspolitik zu treiben, die Entwicklung über sie hinweggeht.

Bankenherrschaft.

Von Dr. Otto Ehrlich.

Wen in Berlin vor dem November 1918 der Weg durch den Lustgarten am königlichen Schloß vorübergeföhrt hat, der hat gewußt, daß dort in dem Jahrhundert alten Hohenzollernbau der Beherrscher des Deutschen Reiches wohnte. Wollte man heute die Frage aufwerfen, von wo aus Deutschland regiert wird, so würde die Mehrzahl Reichstagsufer und Wilhelmstraße nennen. Aber trotzdem in der Wilhelmstraße das Palais des Reichspräsidenten, das Reichskanzlerpalais, Auswärtiges Amt, Reichsjustiz- und Reichsverkehrsministerium stehen, hätten sie unrecht. Denn viel mehr Gewalt als in der Wilhelmstraße mit ihren Regierungsgebäuden ist heute um die Ecke in der Behrensstraße in den Palästen der großen Banken, Deutscher Bank, Dresdner Bank, Disconto-Gesellschaft, Berliner Handelsgesellschaft, Darmstädter und Nationalbank, vereinigt.

Der „Alleman“ fann alles.

Der größte Teil der in Spanien ansässigen Deutschen lebt in Barcelona. Die mehrere Tausend Köpfe zählende Kolonie besitzt ihre eigene Schule, ihre Kirche und ihre Zeitung. Sie besteht hauptsächlich aus Kaufleuten — Vertreter deutscher Firmen —, die sich größtenteils schon vor dem Kriege hier niedergelassen haben oder bei Kriegsausbruch aus feindlichen Ländern nach Spanien verlagerten wurden. Außerdem trifft man Techniker und eine nicht allzu große Anzahl Handwerker.

Nach Barcelona, der bedeutendsten Handelsstadt des Landes, sind es Madrid und Valencia, die die größte Zahl der Deutschen aufweisen. In der stolzen Hauptstadt am Ufer des Manzanares, eines kleinen Fließchen, daß sich im Sommer in einen trockenen Graben verandelt, sind die Deutschen meist Geschäftsinhaber oder Angestellte einiger deutscher Weltfirmen, die hier Niederlassungen haben.

Auch eine kleine Künstlerkolonie finden wir. Maler, die zu Studienzwecken hier weilen; birgt doch das berühmte Prado-Museum eine verblüffende Anzahl von Gemälden des großen Velasquez und des kaum weniger berühmten Goya.

In Valencia — José Padilla, der in Paris lebende Schlegelkomponist, hat den Namen Vaterstadt auf der ganzen Erde bekannt gemacht... und nebenbei einige Millionen Franken verdient — betätigen sich die Deutschen im Frucht- und Weinhandel. In Grao, Vorstadt und Hafen von Valencia, sieht man eine Menge Fremdschüler mit deutschen Namen. Doch ist in diesem

Handel in den letzten Jahren ein merkbarer Rückgang eingetreten, und so hört man viel Klagen.

Der Deutsche genießt in Spanien, wenn er auch nicht reißlos von der ganzen Bevölkerung geliebt ist, wegen seiner Tüchtigkeit allgemeine Wertschöpfung. Der Alleman ist nach spanischer Anschauung ein Mann, der schlechthin alles kann. Hier eine kleine Geschichte, die, wenn auch nur einen vereinzelt Fall darstellend, charakteristisch ist für diese Ansicht.

Ich sah eines Tages in Ceuta, in Spanisch-Nordafrika, in einem Café, als ein junger Mann an meinen Tisch trat und sich in schlechtem Spanisch erkundigte, ob er mich abzeichnen dürfe. Während er mich mit gutem Willen als Kunstgeschick porträtierte, erzählte er mir, daß er ein deutscher Malergehilfe sei und sich jetzt, da er keine Arbeit finde, als „Zeichenkünstler“ ernähre, allerdings ziemlich kläglich. Auch bat er mich, wenn möglich, ihm irgendeine Stelle zu verschaffen.

Ich klärte ihn auf, daß es keine leichte Sache sei, für jemand, der noch dazu die Landessprache nur mangelhaft beherrscht, in einer kleiner nordafrikanischen Stadt einen Posten ausfindig zu machen. Doch versprach ich ihm, da er einen günstigen Eindruck machte, mein Möglichstes zu tun.

Noch am selben Abend erwähnte ich den Fall im „Circulo“ einem spanischen Bekannten. Die Circulos sind Klubs, von denen selbst die kleinste spanische Stadt einen besitzt, geht doch der bessere Spanier niemals oder höchst selten in ein öffentliches Café oder Speiselokal. Nur in sein Circulo, wo er speißt, seinen Kaffee trinkt; sich bodelt und referieren läßt und wo er politisiert und — last not least — seiner Spielleidenschaft fröh-

Der wohlhabende Bergwerksbesitzer hörte mich zerkren an und meinte, mein Schöbling möchte doch gelegentlich bei ihm persönlich vorsprechen.

Wenige Tage später traf ich meinen Deutschen, den ich noch am folgenden Tag zu dem Spanier geschickt hatte, zufällig auf der Straße. Er berichtete mir freudestrahlend, daß der Minenbesitzer ihn sieben angestellt hat — als Hilfsingenieur... .

Meine Verblüffung war dermaßen, daß ich ganz vergaß, ihn zu fragen, wie er diesen Posten zu bekleiden gedachte. Ich ließ ihn von dannen ziehen, nachdem ich ihn beglückwünschte. Allein, mein Verantwortungsgefühl erwachte, und als ich im Circulo den Bergwerksbesitzer abends traf, fragte ich ihn, ob er wohl wisse, welchen Beruf sein neuer Ingenieur früher ausgeübt habe. Als er bejahte, tief ich erstaunt: „Und Sie haben den Mann als Hilfsingenieur angestellt?“

Verwundert blickte der Spanier auf mich. „Ja, warum denn nicht? Er ist doch ein Alleman!“ Sprach's und entfernte sich in der Richtung des Spielsaales.

Wird in Spanien in irgendeinem Betrieb ein Posten vakant und befindet sich zwischen den zahlreichen Bewerbern ein Deutscher, so hat er große Aussichten, den Einheimischen vorgezogen zu werden.

Trotz allem kann man dem Deutschen nicht raten, leichtfertig nach Spanien auszuwandern, denn die Arbeitsgelegenheit ist gering, und der Spanier begnügt sich, da er im Durchschnitt sehr genügsam ist, mit einem Lohn, mit dem der anspruchsvollere Deutsche kein Auskommen findet.

Wie will man aber die Macht der Banken über Deutschland beweisen? Wodurch beherrschen die Banken das Land?

Wodurch, daß sie seine Wirtschaft beherrschen! Wodurch beherrschen sie seine Wirtschaft, wie so geratene Landwirtschaft und Industrie, Handel und Verkehr in Abhängigkeit von ihnen?

In der kapitalistischen Wirtschaft, in der wir leben, können Güter nur dann geschaffen werden, wenn Kapital und Arbeit zusammentreffen. Dabei ist unter Kapital nicht nur Geld zu verstehen, sondern ebenso Maschinen, Fabrikgebäude, Rohstoffe, Transportmittel, kurz alles, was bereitgestellt sein muß, um durch Einwirkenlassen von Arbeit ein neues Produkt zu erzeugen.

Woher nimmt der Unternehmer das Kapital, das heißt die Maschinen, Transportmittel usw. beziehungsweise woher nimmt er das Geld, um sie zu kaufen?

In früheren Zeiten genügt die auf redliche, manchmal weniger redliche Art erworbenen Mittel eines Menschen, einer Familie. Heutzutage aber zwingt die Technik, die immer größere, leistungsfähigere, aber teurere Maschinen erfindet, den Unternehmer, um konkurrenzfähig zu bleiben, immer mehr Kapital für die Ausstattung seines Betriebes zu verwenden; bald aber reichen eigenen Mittel des Unternehmers nicht mehr aus; er muß sich Geld ausleihen.

Wo findet er Kredit?

Es gibt ständig Menschen, die über Kapital verfügen, aber die Arbeit, selbst ein Unternehmen zu betreiben, scheuen, und bereit sind, ihr Kapital demjenigen zu leihen, der ihnen hierfür bestimmte Zinsen zu zahlen verspricht und von dem zu erwarten ist, daß er den Kredit zur verabredeten Zeit zurückzahlen wird. Wie sollen nun diejenigen, die Kapitalüberschüsse verborgen wollen, mit denjenigen, die Kapitalbedarf haben, ammenkommen?

Genau so wie diejenigen, die Überschüsse, zum Beispiel Getreide oder Baumwolle haben und sie verkaufen wollen, mit denjenigen ammenkommen, die Getreide oder Baumwolle brauchen: auf dem Markt.

Auch für Kapitalkleihe gibt es einen Markt: die Börse.

Entweder wird Kapital in Geldform geliehen. Man sieht hier von Darlehen oder Kredit schlechtthin. Kredite, die Ende 1927 von der Deutschen Reichsbank und von bloß 5 Großbanken verliehen wurden, betrugen 9 Milliarden Reichsmark, das sind etwa 140 M pro Kopf der Bevölkerung, Dreifache und Kinder mitgerechnet.

Man kann aber Kapital auch so zur Verfügung stellen, daß man für das hingebene Kapital gleich einen Anteil am Unternehmen, dem man es gegeben hat, erhält. Der Schein, womit der Erwerb eines Anteils bestätigt wird, heißt Anteilsschein oder Aktie. Will nun einer nicht selber Teilhaber des Unternehmens, Aktionär, bleiben, so muß er seine Aktien verkaufen. Auch dafür ist die Börse der Markt. Der Kurswert der an der Berliner Börse handelnden Aktien macht etwa 12 bis 15 Milliarden Mark und etwa 200 M pro Kopf der Bevölkerung.

Doch ebenso wenig wie in einer entwickelten Wirtschaft Getreide- oder Baumwollproduzenten in Australien oder Amerika mit den Verbrauchern ihrer Erzeugnisse selbst auf dem Markt zusammentreffen, sondern ihre Ware an räumlich entfernte Großhändler verkaufen, von denen sie dann den Weg zu den Verbrauchern finden, ebensolches treffen auf der Börse Kreditgeber und Kreditnehmer direkt zusammen. Auch sie bedienen sich dazu gebrauchsmäßiger Kreditvermittler: der Banken.

So kommt es, daß die Banken die Überschüsse der ganzen Volkswirtschaft auffaugen und dann nach eigenem Gutdünken verleihen können, ob ihre Einleger oder gar diejenigen, die diese Überschüsse mit der Arbeit ihres Kopfes oder ihrer Hände verdient haben, fragen zu müssen.

Je rascher die technische Entwicklung, desto mehr die Abhängigkeit von den Banken, die in der Hand der Rechenhaft schuldig sind als ihren Großaktionären. Keine Regierung, kein Parlament kann die Verwendung ihrer Gelder gebieten oder abwehren, mögen sie sie verwenden zur Herstellung von Landkarten oder Spielkarten, Benzin- oder Panzerwagen, Himbeersaft oder Schnaps, Lehrbüchern oder Gebetbüchern, Leuchtgas oder Giftgas.

Aus unfrem Beruf

Schwerin. Das vergangene Jahr war für die Entwicklung unserer Filiale ein günstiges. Durch die rege Mitarbeit einer Anzahl Kollegen konnten im Laufe des Jahres ebenfalls Neuaufnahmen gemacht werden, als die Filiale am Ende des Vorjahres Mitglieder hatte. Wenn auch ein gewisser Abgang zu verzeichnen ist, insbesondere dadurch, daß mehr organisierte Kollegen abreisen als zureisen, so ist doch hin eine Mitgliederzunahme von 70 % zu verzeichnen. Durch die Ueberfiedelung einer Möbelfabrik nach hier wertete sich die Zahl der in der Industrie beschäftigten Kollegen wesentlich. Die in der Industrie und in den kleineren betriebl. Kollegen sind reiflos organisiert. Besser als in den Nachbarfilialen ist das Organisationsverhältnis im Baumeisterberuf. Nach mehrmaligen Festlegungen des Filialvorstandes betrug hier die Zahl derjenigen, die die Früchte des Verbandes ernten ohne zu zahlen, 10 bis 15 %. Schwierigkeiten in der Organisierung bietet uns auch ein Teil derjenigen Schüler des hiesigen Lehrtechnikers, die nach Semesterabschluss hier in Arbeit gehen und es dann als angehende Künstler mit einem eigenen Standesdünkel nicht vereinbar halten, sich der Gewerkschaft anzuschließen. Durch intensive Aufklärungsarbeit jedes Kollegen, der mit diesen zusammenkommt, ist es ein Leichtes sein, den Prozentsatz der Abseitsgehenden zu verringern. Unsere Lehrlingsabteilung, die vor wenigen Monaten gegründet wurde, gehören bereits Hälfte der am Ort vorhandenen Jugendlichen an, und ist zu erwarten, daß im Laufe des neuen Jahres die Anzahl der Lehrlinge Verbandsmitglieder werden.

Durch die Neugründung einer Zahlstelle stieg die Mitgliederzahl in den Zahlstellen um das Dreifache. Hier ist in nächster Zeit noch viele Arbeit zu verrichten. In den meisten Kleinstädten Südmecklenburgs werden die vom Reichsarbeitsminister für allgemeinverbindlich erklärten Bestimmungen des Reichsarbeitsvertrages zum Nachteil der Kollegen nicht durchgeführt, weil in manchen Orten auch nicht ein einziger Berufskollege organisiert ist. Der Schaden, den Letztere haben, übersteigt das Vielfache der Beitragszahlung zum Verbands, ganz abgesehen davon, daß der größte Teil des Beitrages den Kollegen in Form von Unterstufungen aus den verschiedensten Anlässen wieder zurückgezahlt wird.

Die Selbständigkeitsepidemie hat in letzter Zeit nachgelassen. Ein Teil der in den letzten Jahren Selbständig gewordenen ist heute wieder Lohnarbeiter. Diese Kollegen haben sich auch wieder in den Verband aufnehmen lassen, ohne damit ihre alten, in langjähriger Mitgliedschaft erworbenen Rechte wiederzuerhalten. Dieses möge den zukünftigen Meisterkandidaten zur Mahnung dienen, mit dem Austritt aus dem Verbands nicht so voreilig zu sein.

Eine andere Gefahr für die Verbesserung oder zumindest für die Abwehr einer Verschlechterung unserer Lohn- und Arbeitsbedingungen besteht darin, daß in Betrieben und auch in solchen, die zeitweise keinen Gehilfen, wohl aber vier und fünf Lehrlinge beschäftigen, sogenannte Werkmeister und Geschäftsführer angestellt werden. Ihre Eignung zur letzteren Funktion scheinen diese dadurch beweisen zu müssen, daß sie so schnell wie möglich den Verband den Rücken kehren. Auch hier gilt es aufklärend und vorbeugend zu wirken, und auch diese der Gewerkschaft zuzuführen, da doch die Grundlage ihres Monatsgehältes der durch unsern Verband errungene Minimalstundenlohn bildet. Greift dieser Uebelstand weiter um sich und sind die Kollegen nicht rechtzeitig auf dem Posten, so dürfte es später ein schlimmes Erwachen geben.

Gewerkschaftliches

Folgen niedriger Löhne. Nach der Beendigung des Weltkrieges haben die schlechten Lohnverhältnisse viele der besten deutschen Arbeitskräfte nach dem Ausland getrieben. Man kann sagen, je ungünstiger die Lohn- und Berufsverhältnisse in einem Gewerbe sind, desto größer ist auch die Abwanderung von tüchtigen Facharbeitern. Gegenwärtig wird besonders auch die Textilindustrie von der Auswanderung betroffen. Im Ausland aber entstehen mit Hilfe dieser geschulten Kräfte konkurrenzfähige Unternehmen, die den deutschen Warenablaß behindern. So sind aus Thälheim im Erzgebirge im Laufe des Jahres 1928 nicht weniger als 1430 Personen nach Nordamerika, der Schweiz, Rumänien und Italien ausgewandert. Aus Bränkos im Erzgebirge gehen Ende dieses Monats 26 Wirker nach Buenos Aires. Die Auswanderung vollzieht sich in der Form, daß die Maschinenfabrik Schubert & Salzer in Chemnitz, die Maschinenlieferungen für Buenos Aires durchführt, zugleich auch deutsche Arbeitskräfte für die belieserten amerikanischen Firmen anwirbt. Die Auswanderer haben einen zweijährigen Kontrakt, der ihnen, gemessen an den deutschen Verhältnissen, wesentliche Vorteile zusichert.

Die Unternehmer im sächsischen Wirkergebiet erblicken in der Auswanderung ihrer besten Arbeitskräfte — schlechte Arbeiter kommen natürlich für die ausländischen Firmen nicht in Frage — eine große Gefahr für die deutsche Industrie. Sie wollen aber nicht einsehen, daß die geschäftigen Arbeitskräfte nur durch genügende Entlohnung und entsprechende Behandlung im Lande zu halten sind. Die Frage der Auswanderung von Facharbeitern ist eben eine Lohnfrage. Je eher das erkannt wird, desto gründlicher kann hier Wandel geschaffen werden. Wo es aber nicht erkannt wird, haben die Unternehmer kein Recht zur Klage über den Facharbeitermangel, noch auch darüber, daß die hohen Kosten einer gründlichen Facharbeiterausbildung, die zum Teil von den Behörden getragen werden, der ausländischen Konkurrenz zugute kommen.

Die Berufswahl. In wenigen Monaten tritt wiederum eine große Anzahl von jungen Menschen in das Berufsleben ein. Nicht wenige wählen die kaufmännische Lehre, um in den verschiedensten Zweigen des Kaufmannsberufs Fortkommen und Lebensunterhalt zu finden. Es ist eine bedauerliche Tatsache, daß oftmals das Lehrverhältnis in diesem Beruf sehr zu wünschen übrig läßt, sowohl in bezug auf die Auszubildenden als auch die rechtlichen Bestimmungen des Lehrverhältnisses. Diese Mängel erklären sich aus den verschiedenartigsten Vorgängen innerhalb der Wirtschaft. Notwendig ist vor allen Dingen, daß durch einen einwandfreien Lehrvertrag die Pflichten und Rechte des Lehrlings festgehalten werden. Das bedeutet für die Eltern, die den Wunsch haben, daß Sohn oder Tochter in die kaufmännische Lehre eintreten, sich vorher mit den Stellen in Verbindung setzen, die über berufliche Verhältnisse gut unterrichtet sind. In allen Fragen, die sich aus dem Lehrverhältnis für den Lehrling ergeben, ist der Zentralverband der Angestellten zuständig. Er erteilt auch den Eltern vor Abschluß des Lehrvertrages Auskunft und Rat. Es darf aber nicht verkäuflich werden, rechtzeitig vor Abschluß des letzten Schuljahres die Berufsberatung des Zentralverbandes der Angestellten in Anspruch zu nehmen. Sie wird kostenlos erteilt. Außer der Ortsgeschäftsstelle erteilt auch die Hauptgeschäftsstelle Berlin S O 36, Oranienstraße 40/41, die gewünschte Auskunft.

Genossenschaftliches

11. Die genossenschaftlichen Verbandsorganisationen in Deutschland. Die genossenschaftliche Bewegung, die in allmähliches Werden die Wirtschaft aller Völker der Erde durchdringt und immer größeren Einfluß gewinnt, wird dauernd ein Gegenstand der volkswirtschaftlichen Probleme sein. Und der stilles dazu. Was ein Mann, wie der große Russe Tolstoi, vor etwa zwei Jahrzehnten so ausdrückte: „Die Gründung und Förderung von Genossenschaften ist die einzige soziale Tätigkeit, die sich einem moralischen Menschen, der kein Bedrückter sein will, in

unserer Zeit geziemt.“ Dieser einfache Satz enthält eine außerordentliche Anerkennung der sozialen, wirtschaftlichen und sittlichen Kräfte und ihrer Bedeutung im Genossenschaftswesen, wie sie noch keiner andern wirtschaftlichen Erscheinung zuteil geworden ist.

Und in der Tat: das ist Internationaler Genossenschaftsbund mit 35 Zentralorganisationen in 30 Ländern der Welt besteht, dem 35 bis 40 Millionen Mitglieder beziehungsweise Haushaltungen angeschlossen sind, entwickelt Perspektiven sozialen, wirtschaftlichen, sittlichen und völkerverpolitischen Inhalts, denen keine irgendwie andersgeartete Organisation ähnliches zur Seite setzen könnte. Weshalb Tolstoi recht hat.

Es dient deshalb der Förderung einer solchen einigartigen Wirtschaftsorganisation, deren besondere soziale Eigentümlichkeit es ist, alle Bevölkerungsklassen in einer wirtschaftlichen Volkshheit zusammenzufassen, ohne dauernde Differenzen in ihrem Innern zu entwickeln, daß man sich zu Beginn einer neuen Jahresperiode über ihre organisatorische und wirtschaftliche Bedeutung im eigenen Lande, das heißt in Deutschland, kurze Rechenschaft ablegt.

In Deutschland bestanden zu Ende des Jahres 1928 140 genossenschaftliche Zentral- und Revisionsverbände mit rund 160 Zentralgenossenschaften, die 52 202 Einzelgenossenschaften mit rund 9 Millionen Mitglieder umfassen. Die Genossenschaftsbewegung ist also in Zentralen und Einzelgenossenschaften, ebenso nach der Mitgliederzahl die stärkste organisatorische Gebilde unserer Zeit.

Von den Genossenschaftszentralen sind besonders bemerkenswert:

1. Der im Jahre 1859 von Schulze-Delitzsch gegründete „Deutsche Genossenschaftsverband“ mit 32 Revisionsverbänden und 15 Zentralkassen mit rund 3500 Einzelgenossenschaften.
2. Der „Generalverband der deutschen Kaffeelassen Genossenschaften“ mit 15 Revisionsverbänden, 14 Zentralwarenanstalten, 3 Landesgenossenschaftsbanken und insgesamt 8700 Einzelgenossenschaften.
3. Der „Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften“ mit 27 Revisionsverbänden, 87 Zentralgenossenschaften und rund 27 000 Einzelgenossenschaften.
4. Der „Zentralverband deutscher Konsumvereine“ (Hamburg) mit 10 Revisionsverbänden, 1 Großeinkaufsgesellschaft, 58 Einkaufsvereinigungen und 1150 Einzelgenossenschaften.
5. Der „Reichsverband deutscher Konsumvereine“ (Köln a. Rh.) mit 9 Bezirksverbänden, 1 Großeinkaufsgesellschaft und 400 Einzelgenossenschaften.
6. Der „Hauptverband der deutschen Baugenossenschaften“ (Berlin) mit 10 Revisionsverbänden und rund 2000 Einzelgenossenschaften.

Außer diesen großen Zentralverbänden besteht noch der rechtspolitisch tendierende „Genossenschaftsverband des Reichslandbundes“ mit 5 Revisionsverbänden und 1030 Einzelgenossenschaften. Daneben noch 20 selbständige Revisionsverbände mit etwa 3000 Einzelgenossenschaften.

Die vorstehenden summarischen Organisationsziffern enthalten ihrem Wesen nach die genossenschaftliche Volkswirtschaft — organisierte Wirtschaft schlechweg. Ihr Tätigkeitsgebiet umfaßt einen Geld- und Warenverkehr, der Milliardenbeträge umschlägt, landwirtschaftliche, industrielle und gewerbliche Produktion mit Milliardenwerten.

Mit einem Wort: Die Genossenschaftsbewegung bildet die organisatorische Grundlage einer initial sich entwickelnden Volkswirtschaft, die wesentlich entgegengekehrt ist der kapitalistischen Privatwirtschaft. Sie fördern, heißt im Sinne von Leo Tolstoi: die einzige soziale Tätigkeit ausüben, die einem moralischen Menschen geziemt.

Sozialpolitisches

Senkung des Reichsbankdiskonts.

Die deutsche Reichsbank hat den offiziellen Diskont (Zinsfuß) von 7 auf 6 % gesenkt. Das war eine Notwendigkeit, die sich nicht mehr umgehen ließ. Dennoch ist der jetzt geltende Diskontsatz noch sehr hoch. Es gibt nur wenige Länder, und zwar nur solche minderer Bedeutung, die mit einem so hohen Zinsfuß zu rechnen haben. Was veranlaßte die Reichsbank zu diesem Schritt? Das Zentralnoteninstitut hatte die Fühlung mit dem Geldmarkt weitgehend verloren. Die Privatdiskontsätze waren infolge des reichlichen Geldangebotes niedriger als die Leihsätze der Reichsbank. Infolgedessen ging der Wechselbestand der Reichsbank zurück. Aufgabe des Zentralgeldinstituts soll es aber sein, den Geldmarkt zu regulieren, wozu ein enger Verhältnis zu diesem notwendig ist.

Die Reichsbank konnte diesen Schritt wagen, weil sie währungsrechtlich nicht schlecht steht. Die Notendeckungsverhältnisse sind außerordentlich günstig. Die umlaufenden Noten waren am Jahreschluss durch Gold allein zu 55,4 % gedeckt, durch Gold und Devisen zusammen sogar zu 58,5 %. Nach dem ersten Januarabweis ergab sich sogar eine Deckung zu 60,9 beziehungsweise 64,4 %. Die günstigen Wirkungen der Diskontermäßigung liegen in folgendem: Der Niedergang der gegenwärtigen Konjunktur hat nicht zuletzt seine Ursache in den teuren Zinssätzen. Wenn die Sätze für Leihgeld infolge der Diskontsenkung zurück, so kann der Konjunkturrückgang gebremst beziehungsweise der Konjunkturanstieg gefördert werden. Die Wirtschaft erhält somit eine wertvolle Stütze. Ueberdies wird die enge Verbindung mit den offenen Sätzen des Geldmarktes wieder hergestellt. Aus diesen Gründen ist die Senkung des Reichsbankdiskonts auch vom Standpunkt der Arbeiterschaft zu begrüßen.

Allerdings stehen dem auch Bedenken entgegen. Diese haben das Reichsbankdirektorium wohl auch bewegen nur eine geringe Senkung vorzunehmen. Die Schwierigkeiten werden unter folgendem Gesichtswinkel gesehen: Deutschland ist nach wie vor auf die Kapitalzufuhr aus dem Ausland angewiesen. Diese erfolgt jedoch nur, wenn die Kapitalanlage in Deutschland lohnend ist, das heißt hohe Zinsen bringt. Niedrige Zinssätze bewirken, daß Auslandskredite nicht mehr hereinkommen respektive zurückgezahlt werden. Da aber die deutschen Zinssätze noch immer sehr

